

Anhaltender Kampf um Gleichstellung

Autor(en): **Uffer, Leza M.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **82 (1995)**

Heft 2: **Viele Sprachen in der Klasse**

PDF erstellt am: **19.03.2021**

Persistenter Link: <http://doi.org/10.5169/seals-527758>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gericht verbietet «simulierte Tötung»

Das Oberverwaltungsgericht Koblenz hat die in Ludwigshafen geplante Veranstaltung des elektronischen Kampfspiels «Quasar» verboten. In dem am Freitag veröffentlichten Beschluss heisst es, das Spiel sei «mit unserem durch den Schutz der Menschenwürde und des menschlichen Lebens geprägten Wertesystem» unvereinbar. Eine solche «Freizeitbeschäftigung» könne nicht hingenommen werden.

Nach Angaben des Gerichts sollte «Quasar» in einer als Phantasiewelt gestalteten Halle stattfinden. Jeder Spieler trage eine Art Panzerweste, die gegnerische Treffer registriere. Waffen seien Lasergeräte, die Maschinenpistolen ähnelten. Die Stadt Ludwigshafen habe die Durchführung des Spiels untersagt. Nach Ansicht der Richter ist «Quasar» geeignet, Hemmschwellen abzubauen und die Abstumpfung gegenüber Gewalt zu fördern. Dies könne in einem Klima zunehmender Gewaltbereitschaft nicht zugelassen werden, vor allem da die Hauptzielgruppe von «Quasar» Jugendliche und junge Erwachsene seien.

«Frankfurter Rundschau», 9. 7. 1994

Sexismus in der Schule

Lehrerinnen und Lehrer sehen offenbar Mädchen immer noch als Logik- und Mathematiknieten an, obwohl ihre Leistungen genausogut sind wie die der Jungen. Dies fand Joachim Tiedemann von der Universität Hannover mit Befragungen heraus. Der Psychologe und sein Team befürchten, dass diese Einstellung des Lehrpersonals die Mädchen verleitet, geringeres Selbstvertrauen im Mathematikunterricht zu zeigen.

«Die Zeit», 11. 11. 1994

Schlaglicht

Anhaltender Kampf um Gleichstellung

Zehn Hauswirtschaftslehrerinnen haben beim Zürcher Verwaltungsgericht Klage eingereicht, weil sie zwei Besoldungsklassen tiefer eingestuft sind als vergleichbare Lehrer. Sie fordern die Aufhebung der Ungleichheit und die Nachzahlung der Lohndifferenz seit dem 1. Juli 1991 – insgesamt 270 000 Franken.

Tages-Anzeiger, 2. Februar 1991

Stellvertretend für die rund 240 Zürcher Hauswirtschaftslehrerinnen gehen zehn Kolleginnen vor Gericht und schliessen sich den 16 Handarbeitslehrerinnen an, die schon im vergangenen Juli eine ähnliche Klage einreichten. Sie alle verlangen die Einstufung in die gleiche Besoldungsklasse wie die Primarlehrer und -lehrerinnen.

Wie bekannt, haben im Kanton Basel-Stadt die Kindergärtnerinnen, Textil- und Hauswirtschaftslehrerinnen in einem zwölfjährigen Kampf diese Gleichstellung vor kurzem erstritten. Ebenso im Kanton Schaffhausen. Im Kanton Solothurn haben 700 Frauen aus dem Gesundheits- und Schulbereich den Kampf um Lohngleichheit – bekanntlich 1981 gesetzlich festgelegt – aufgenommen.

Merkwürdig: Dass die Regierungen der Kantone, welche die Frauen in der Schule immer noch diskriminieren, sich nicht spätestens nach den ersten Gerichtsentscheiden in andern Kantonen herbeilassen, das Problem von sich aus anzugehen. Ist es die Finanznot, die das verhindert? Säftige Nachzahlungen könnten doch vermieden werden, wenn man die Sache regelt, bevor der Richter bemüht wird. Und das Ganze bekäme erst noch den – zwar billigen, denkt man an 1981 – Anstrich von Grosszügigkeit.